



Generalversammlung

Vertr.:
Allgemein 1.
Mai 2024

Original: Englisch

Menschenrechtsrat

Sechsfundfzigste Tagung

18. Juni–12. Juli 2024

Tagesordnungspunkt 3

Förderung und Schutz aller Menschenrechte, bürgerlicher, politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte, einschließlich des Rechts auf Entwicklung

Beseitigung der Armut jenseits des Wachstums

Bericht des Sonderberichterstatters für extreme Armut und Menschenrechte, Olivier De Schutter

Zusammenfassung

Der vorherrschende Ansatz im Kampf gegen die Armut stützt sich auf die Steigerung der Gesamtleistung der Wirtschaft (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) in Verbindung mit einer Umverteilung nach dem Marktgeschehen durch Steuern und Transferleistungen. Der Sonderberichterstatter argumentiert jedoch, dass die derzeitige Fokussierung auf die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts fehlgeleitet ist. Ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts ist keine Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte oder für die Bekämpfung von Armut und Ungleichheiten. Die Ideologie des „Wachstumswahns“ sollte nicht davon ablenken, dass es dringend notwendig ist, sowohl mehr Güter und Dienstleistungen bereitzustellen, die das Wohlergehen fördern, als auch die Produktion von unnötigen oder sogar schädlichen Gütern zu reduzieren. Solange die Wirtschaft hauptsächlich von der Gewinnmaximierung angetrieben wird, wird sie auf die Nachfrage der reichsten Gesellschaftsgruppen reagieren, was zu ausbeuterischen Produktionsformen führt, die die soziale Ausgrenzung im Namen der Schaffung von mehr Wohlstand verschärfen, und sie wird die Rechte der in Armut lebenden Menschen nicht erfüllen. Der Übergang von einer Wirtschaft, die vom Streben nach Gewinnmaximierung getrieben ist, zu einer Menschenrechtswirtschaft ist möglich und, um innerhalb der planetarischen Grenzen zu bleiben, notwendig. Im vorliegenden Bericht erläutert der Sonderberichterstatter, warum dieser Wandel notwendig ist und wie er aussehen könnte.



I. Einleitung

1. Wirtschaftswachstum, definiert als Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP), gilt seit langem als an sich erstrebenswert. Ökonomen haben darüber diskutiert, wie es erreicht werden kann, und Politiker darüber, wie seine Vorteile verteilt werden könnten. Menschenrechtsorganisationen haben Wachstum als unverzichtbare Voraussetzung für die Verwirklichung wirtschaftlicher und sozialer Rechte angesehen, basierend auf der Annahme, dass es ohne Wachstum keine Ressourcen gäbe, die für die schrittweise Verwirklichung solcher Rechte mobilisiert werden könnten – für Investitionen in die Gesundheitsversorgung, den sozialen Wohnungsbau oder die Bildung sowie für die Schaffung von Arbeitsplätzen.¹ Regierungen handeln immer noch so, als sei unendliches Wachstum möglich. Sie ignorieren die Warnungen von Wissenschaftlern² und scheinen zu glauben, dass die Wirtschaftstätigkeit endlos expandieren kann, als würde die Erde für immer unbegrenzte Ressourcen bereitstellen und die Abfälle absorbieren, die aus unserem scheinbar endlosen Streben nach mehr resultieren.

2. Im vorliegenden Bericht stellt der Sonderberichterstatter diese Annahmen in Frage. Erstens argumentiert er, dass Wachstum von dem ablenkt, was wirklich zählt, nämlich der Beseitigung der Armut und dem Wohlergehen aller.³ Zweitens sind die Volkswirtschaften der reichen Länder weit über das hinausgewachsen, was notwendig ist, damit sich die Menschen entfalten können; sie sind übergewichtig geworden. In diesen Ländern trägt das Wachstum nicht dazu bei, Armut und Ungleichheiten zu verringern und Arbeitsplätze zu schaffen. Es führt zur Überschreitung einer Reihe von planetarischen Grenzen.⁴ Drittens wurde es durch die Ausbeutung der Ressourcen des globalen Südens angeheizt, in einem postkolonialen Herrschaftsmuster, das durch den Würgegriff der Auslandsverschuldung aufrechterhalten wird.⁵ In armen Ländern, in denen noch erhebliche Investitionen erforderlich sind – für den Bau von Schulen und Krankenhäusern oder für die Verkehrs- oder Strominfrastruktur – kann Wachstum nach wie vor eine nützliche Rolle spielen. In der Praxis war es jedoch oft ausbeuterisch und stützte sich auf die Ausnutzung billiger Arbeitskräfte und den nicht nachhaltigen Abbau natürlicher Ressourcen. Wenn es also zur Verwirklichung der Menschenrechte beitragen soll, muss sich seine Ausrichtung ändern. Es sollte neu ausgerichtet werden auf die Befriedigung von Bedürfnissen und eine breitere Verteilung, anstatt lediglich die Reichen noch reicher zu machen und die Dominanz der großen Wirtschaftsakteure zu fördern.⁶

3. Trotz seiner Grenzen hat sich das Wachstum als vorherrschendes Konzept durchgesetzt.⁷ Das BIP bleibt der wichtigste Indikator, an dem die Leistung von Regierungen gemessen wird. Sein Anstieg wird sowohl als Ersatz für eine groß angelegte Umverteilung als auch als Voraussetzung für die Bewältigung bestimmter gesellschaftlicher Herausforderungen angesehen. Es überrascht nicht, dass die Handelsliberalisierung im Namen des Wachstums vorangetrieben wurde: Das Übereinkommen zur Gründung der Welthandelsorganisation verweist auf die Notwendigkeit, „ein hohes und stetig wachsendes Realeinkommen und eine hohe und stetig wachsende effektive Nachfrage sicherzustellen sowie die Produktion von und den Handel mit Waren und Dienstleistungen auszuweiten“ (erster Absatz der Präambel). Vielleicht noch beunruhigender ist, dass auch in der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung von 1992 auf das Wirtschaftswachstum Bezug genommen wird; diese enthält die Verpflichtung, ein „offenes internationales Wirtschaftssystem zu unterstützen, das zu Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung in allen

¹ Matthias Petel und Norman Vander Putten, „Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und ihre Abhängigkeit vom Paradigma des Wirtschaftswachstums: Erkenntnisse aus dem ICESCR-System“, *Netherlands Quarterly of Human Rights*, Bd. 39, Nr. 1 (2021), S. 53–72.

² William J. Ripple et al., „World scientists’ warning of a climate emergency“, *BioScience*, Bd. 70, Nr. 1 (2020), S. 8–12.

³ Kate Raworth, *Doughnut Economics: Sieben Wege, wie ein Ökonom des 21. Jahrhunderts zu denken* (London, Random House Business, 2017); und Jason Hickel, *Weniger ist mehr: Wie Degrowth die Welt retten wird* (London, Penguin Random House, 2020).

⁴ Johan Rockström et al., „Safe and just Earth system boundaries“, *Nature*, Bd. 619, Nr. 7968 (2023), S. 102–111.

⁵ Jason Hickel, „Is it possible to achieve a good life for all within planetary boundaries?“, *Third World Quarterly*, Bd. 40, Nr. 1 (2019), S. 18–35; und Jason Hickel, „What does degrowth mean? Einige Klarstellungen“, *Globalizations*, Bd. 18, Nr. 7 (2021), S. 1105–1111.

⁶ Frances Stewart, „Macroeconomic policies for a sustainable world“, *Journal of Human Development and Capabilities*, Bd. 24, Nr. 4 (2023), und Caroline Dommen, „Human rights economics: an inquiry“ (Friedrich-Ebert-Stiftung, Juli 2022).

⁷ Matthias Schmelzer, *The Hegemony of Growth: The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm* (Cambridge, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, Cambridge University Press, 2016).

Länder, um die Probleme der Umweltzerstörung besser anzugehen“.⁸ Neuere multilaterale Umweltabkommen greifen diese Formulierung auf.⁹

4. Der vorherrschende Ansatz zur Armutsbekämpfung ist weitgehend innerhalb dieser Hegemonie des „Wachstumswahns“ geblieben: Er stützte sich darauf, zunächst das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, gefolgt von einer Umverteilung des Reichtums durch Steuern und Transferleistungen. Anstatt zu versuchen, die Wirtschaft inklusiver zu gestalten und echte Chancengleichheit zu gewährleisten, haben sich die Regierungen auf die Stimulierung des Wachstums konzentriert, das sie als Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen und sozialpolitischer Maßnahmen betrachteten. Politische Entscheidungen wie Handelsliberalisierung, Flexibilisierung der Arbeit oder die Schaffung eines „unternehmensfreundlichen Investitionsklimas“ (Codewörter für die Senkung von Steuern und regulatorischen Belastungen für die größten Konzerne) wurden im Namen der Steigerung des BIP getroffen, obwohl solche Maßnahmen soziale Ausgrenzung verursachen und die Belastbarkeit von Gemeinschaften auf die Probe stellen. Da das endlose Streben nach Wachstum den Status eines staatlichen Imperativs erlangt hat,¹⁰ schränkt es die politische Vorstellungskraft ein: Vielversprechendere Entwicklungswege, die besser zum menschlichen Wohlergehen und zur Verwirklichung der Menschenrechte beitragen könnten, werden nicht ausreichend ausgelotet.

5. Das muss und kann umgekehrt werden. Innerhalb der Ziele für nachhaltige Entwicklung selbst bezieht sich Ziel 8 zwar auf „nachhaltiges, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ und beinhaltet ein Ziel von 7 Prozent jährlichem Wachstum für die am wenigsten entwickelten Länder (Ziel 8.1), doch fordert Ziel 17.19 Fortschrittsmessungen, „die das BIP ergänzen“. Die Staats- und Regierungschefs der Welt, die sich im September 2023 auf dem Gipfel zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung versammelten, waren sich einig, dass es notwendig ist, „über das BIP hinauszugehen“.¹¹ Die Dynamik nimmt zu.¹² Die Suche nach postwachstumsorientierten Entwicklungsformen hat begonnen,¹³ unter anderem weil die fortgeschrittenen Volkswirtschaften in eine Ära der säkularen Stagnation eingetreten sind.¹⁴ Die Verhandlungen über die nächsten Entwicklungsziele, beginnend mit dem Gipfel der Zukunft im September 2024, bieten eine einzigartige Gelegenheit, diese Bemühungen zu beschleunigen. Mit dem vorliegenden Bericht, der gemäß der Resolution 53/10 des Menschenrechtsrats vorgelegt wird, möchte der Sonderberichtersteller zu diesem Ziel beitragen.

II. Grenzen des Wachstums

6. Die Betonung des Wirtschaftswachstums wird oft mit der Notwendigkeit begründet, die Staatseinnahmen zu erhöhen, damit der Staat öffentliche Dienstleistungen und soziale Absicherung gewährleisten kann. Es wird auch als Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen angesehen, um so den durch den technologischen Wandel – einschließlich der künstlichen Intelligenz – verursachten Arbeitsplatzverlust auszugleichen. In letzterer Hinsicht hat es enttäuscht: Während sich Ökonomen lange auf das Okunsche Gesetz stützten, wonach Wirtschaftswachstum notwendig ist, um den durch Produktivitätsgewinne überzähligen Arbeitskräftebestand aufzufangen,¹⁵ war die Korrelation zwischen BIP-Wachstum und Beschäftigungsquote in den letzten Jahren äußerst ungleichmäßig und belief sich seit 2012 für die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf magere 0,34

⁸ A/CONF.151/26/Rev.1 (Band I), Resolution 1, Anhang I, Grundsatz 12.

⁹ Siehe Artikel 3 Absatz 5 des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen sowie Artikel 10 Absatz 5 des Pariser Abkommens.

¹⁰ John Barry, „A genealogy of economic growth as ideology and Cold War core State imperative“, *New Political Economy*, Bd. 25, Nr. 1 (2020), S. 18.

¹¹ Resolution 78/1 der Generalversammlung, Anhang, Abs. 30.

¹² Joan Martínez-Alier et al., „Sustainable de-growth: mapping the context, criticisms and future prospects of an emergent paradigm“, *Ecological Economics*, Bd. 69, Nr. 9 (2010), S. 1741–1747; Giorgos Kallis, Christian Kerschner und Joan Martínez-Alier, „The economics of degrowth“, *Ecological Economics*, Bd. 84 (Dezember 2012), S. 172; und Wouter Vandenhole, „De-growth and sustainable development: rethinking human rights law and poverty alleviation“, *Law and Development Review*, Band 11, Nr. 2 (2018).

¹³ Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum: Grundlagen für die Wirtschaft von morgen*, 2. Aufl. (London, Routledge, 2017).

¹⁴ Christine Corlet Walker, Angela Druckman und Tim Jackson, „Sozialsysteme ohne Wirtschaftswachstum: Ein Überblick über die Herausforderungen und nächsten Schritte in diesem Forschungsbereich“, *Ecological Economics*, Band 186 (August 2021).

¹⁵ Arthur M. Okun, „Potential GNP: its measurement and significance“, Cowles Foundation Paper 190 (1962).

Länder.¹⁶ Einst die Ausnahme, wird das Wachstum ohne Beschäftigungszuwachs zur Norm.¹⁷ Zumindest in den reichen Ländern hat das Wachstum sein Verfallsdatum überschritten. Es hat die Armut modernisiert, ohne sie zu beseitigen. Und es ist unwirtschaftlich geworden und untergräbt die Grundlagen der produktiven Wirtschaft selbst.

A. Modernisierung der Armut

7. Armut wird oft als Mangel an Einkommen definiert, das für einen angemessenen Lebensstandard erforderlich ist, und resultiert aus dem fehlenden Zugang zu menschenwürdiger Arbeit oder Lücken in der sozialen Absicherung. Diese Definition wird verwendet, um die Fortschritte bei der Beseitigung der Armut zu überwachen, was das Ziel ist

Ziel 1.1 der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Heute leben 670 Millionen Menschen (8,4 Prozent der Weltbevölkerung) unterhalb der internationalen Armutsgrenze von 2,15 US-Dollar pro Tag (auf Basis der Kaufkraftparität von 2017), und Schätzungen zufolge wird diese Zahl bis 2030 auf 575 Millionen sinken, was weit hinter dem Ziel zurückbleibt.¹⁸

8. Dieser geldorientierte Ansatz zur Armutsbekämpfung, der zur Überwachung der Fortschritte im Rahmen von Ziel 1.1 der Ziele für nachhaltige Entwicklung gewählt wurde, ist kaum geeignet, die Erfahrungen von Menschen in Armut zu erfassen. Multidimensionale Ansätze zur Armutsbekämpfung, wie der im Multidimensional Poverty Index (MPI) verwendete, der vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und der Universität Oxford entwickelt wurde, versuchen, Benachteiligungen nicht nur in den Bereichen Konsum oder Einkommen, sondern auch in Bezug auf Bildungsniveau, Schulbesuch, Trinkwasser, sanitäre Einrichtungen und Stromversorgung zu erfassen.

9. Solche Ansätze spiegeln die Auswirkungen mehrfacher Benachteiligungen auf die Fähigkeit des Einzelnen, ein menschenwürdiges Leben zu führen, wesentlich besser wider. Doch auch sie reichen nicht aus. Sie werden der Realität der sozialen Ausgrenzung nicht gerecht, die daraus resultieren kann, dass bestimmte Haushalte nicht in der Lage sind, gesellschaftliche Erwartungen zu erfüllen – etwa die Notwendigkeit, ihren Eltern eine würdige Beerdigung oder ihren Kindern eine angemessene Hochzeit zu ermöglichen, außerschulische Aktivitäten für ein Kind zu finanzieren oder ein Smartphone zu besitzen. Solche gesellschaftlichen Erwartungen ändern sich mit steigendem allgemeinen Wohlstand. Daher kann sich Wirtschaftswachstum (definiert als Anstieg des BIP), wenn es mit zunehmender Einkommensungleichheit einhergeht, letztlich als kontraproduktiv erweisen: Indem es die Messlatte innerhalb einer bestimmten Gesellschaft höher legt, kann es die soziale Ausgrenzung – das Gefühl von Scham und Wertlosigkeit, das Menschen in Armut empfinden – tatsächlich verschlimmern. Wenn zudem der Anstieg des allgemeinen Wohlstands zu einer verstärkten Kommerzialisierung bestimmter Dienstleistungen in Bereichen wie Gesundheit, Bildung oder Verkehr führt, unter dem Vorwand, dass sich die meisten Menschen diese Dienstleistungen nun leisten können, werden die Auswirkungen der Einkommensarmut verschärft. In diesem Sinne kann Wirtschaftswachstum mit einer Modernisierung der Armut einhergehen: Selbst wenn extreme materielle Entbehrung abnimmt, kann die Zahl der sozial ausgegrenzten Personen zunehmen.¹⁹

B. Die Grundlagen der produktiven Wirtschaft untergraben

10. Die sogenannte produktive Wirtschaft, deren Aktivität durch den BIP-Indikator erfasst wird, ist von den Ökosystemen abhängig, die die Ressourcen bereitstellen und die Abfälle und Umweltverschmutzung aufnehmen, auf denen die Wirtschaftstätigkeit beruht. Die produktive Wirtschaft hängt zudem von der sogenannten reproduktiven Wirtschaft ab, die innerhalb von Haushalten und Gemeinschaften ohne Vergütung stattfindet und zu der vor allem Frauen beitragen. Schließlich hängt sie von den „Gemeingütern“ ab, auf die viele Menschen in Armut nach wie vor angewiesen sind, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Ein Wirtschaftswachstumsprozess, der diese Grundlagen untergräbt, anstatt diese dreifache Verankerung anzuerkennen, ist dazu verdammt, bei der Armutsbekämpfung zu scheitern.

¹⁶ Eloi Laurent, „From welfare to farewell: the European social-ecological State beyond economic growth“, Working Paper 2021.04 (Europäisches Gewerkschaftsinstitut, 2021), S. 13.

¹⁷ Siehe auch Sangheon Lee et al., „Does economic growth deliver jobs? Revisiting Okun’s law“, Arbeitspapier 17 der Internationalen Arbeitsorganisation (Genf, Internationale Arbeitsorganisation, 2020); sowie M. Sylvina Porras-Arena und Ángel L. Martín-Román, „The heterogeneity of Okun’s law: a metaregression analysis“, *Economic Modelling*, Bd. 128 (2023).

¹⁸ Siehe https://sdgs.un.org/goals/goal1#progress_and_info.

¹⁹ Olivier De Schutter, „*The Poverty of Growth*“ (London, Pluto Press, 2024).

1. Die planetarischen Grenzen überschreiten

11. Wirtschaftswachstum erfordert einen immer weiter steigenden Energie- und Rohstoffverbrauch auf ein Niveau, das sich nicht mehr tragen lässt. Nicht nachhaltige Konsumgewohnheiten bestimmter Bevölkerungsgruppen, vor allem in reichen Ländern, haben die Erde weit über den sicheren Handlungsspielraum hinausgetrieben. Sechs der neun planetarischen Grenzen, die die Stabilität der Erde und die Lebensgrundlagen für das Wohlergehen der Menschen und die gesellschaftliche Entwicklung definieren, wurden bereits überschritten.²⁰ Zwar sind die Treibhausgasemissionen, die gefährliche Klimastörungen und extreme Wetterereignisse verursachen, vielleicht am bekanntesten, doch sind sie nicht die einzige Umweltbelastung, der Ökosysteme ausgesetzt sind. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) warnte kürzlich, dass sich die Rohstoffgewinnung seit Mitte der 1970er Jahre verdreifacht habe, und rechnete damit, dass die Rohstoffgewinnung bis 2060 um weitere 60 Prozent steigen werde.²¹ In ihrem globalen Bewertungsbericht 2019 über Biodiversität und Ökosystemleistungen schätzte die Zwischenstaatliche Plattform für Biodiversität und Ökosystemleistungen, dass infolge menschlicher Aktivitäten 75 Prozent der Landfläche der Erde erheblich verändert wurden, 66 Prozent der Meeresfläche zunehmenden kumulativen Belastungen ausgesetzt sind, mehr als 85 Prozent der Feuchtgebiete verloren gegangen sind und etwa 1 Million Arten innerhalb weniger Jahrzehnte vom Aussterben bedroht sein werden, sofern keine Maßnahmen ergriffen werden, um die Intensität der Ursachen für den Verlust der biologischen Vielfalt zu verringern. Wirtschaftswachstum ist ein wesentlicher Treiber dieser Trends: „Wirtschaftliche Anreize haben im Allgemeinen die Ausweitung wirtschaftlicher Aktivitäten und oft auch Umweltschäden gegenüber Naturschutz oder Renaturierung begünstigt.“²²

12. Große Hoffnungen wurden in das „grüne Wachstum“ gesetzt, also in ein Wachstum, das dank sauberer Technologien und effizienterer Produktionsmethoden von Umweltbelastungen abgekoppelt ist und mit einem geringeren Ressourcenverbrauch sowie weniger Abfall und Umweltverschmutzung einhergeht. Die Grenzen dieses Ansatzes werden nun jedoch deutlich. Im Jahr 2019 kam eine systematische Übersicht zu dem Schluss, dass „es keine empirischen Belege dafür gibt, dass ... eine absolute, globale, dauerhafte und ausreichend schnelle sowie umfassende Entkopplung von Umweltbelastungen (sowohl Ressourcenverbrauch als auch Auswirkungen) vom Wirtschaftswachstum vorliegt“.²³

13. Eine absolute Entkopplung findet nicht einmal in dem erforderlichen Tempo im begrenzten Bereich der Treibhausgasemissionen statt (der nur eine der neun betrachteten planetarischen Grenzen darstellt). In einer Untersuchung der Entwicklung in 36 OECD-Ländern im Zeitraum 2013–2019 kamen die Autoren zu dem Schluss, dass zwar 11 Länder in diesem Zeitraum eine absolute Entkopplung zwischen BIP-Wachstum und Treibhausgasemissionen erreichten, die Geschwindigkeit, mit der dies geschah, jedoch hinter den Raten zurückblieb, die erforderlich wären, damit diese Länder unter Berücksichtigung von Gerechtigkeitsaspekten innerhalb des globalen Kohlenstoffbudgets gemäß dem Pariser Abkommen von 2015 bleiben. Ausgehend von ihren Entkopplungserfolgen im betrachteten Zeitraum würden diese 11 Länder durchschnittlich 223 Jahre benötigen, um ihre jeweiligen Emissionen von 2022 um 95 Prozent zu reduzieren; bis zum Ende dieses Zeitraums hätten sie dabei im Durchschnitt das 27-Fache ihrer jeweiligen verbleibenden nationalen „fairen Anteile“ am globalen Kohlenstoffbudget nach 2022 (sofern die globale Erwärmung unter 1,5 °C bleiben soll) verbraucht haben.²⁴

14. Dies bestätigt die Schlussfolgerungen des Sechsten Sachstandsberichts, der 2022 vom Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimawandel vorgelegt wurde. Der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimawandel stellte fest, dass zwar 23 Länder (die 20 Prozent einer Gesamtstichprobe von

²⁰ Katherine Richardson et al., „Earth beyond six of nine planetary boundaries“, *Science Advances*, Band 9, Nr. 37 (2023).

²¹ UNEP und International Resource Panel, *Global Resources Outlook 2024: Bend the Trend – Wege zu einem lebenswerten Planeten bei steigendem Ressourcenverbrauch* (Nairobi, 2024).

⁽²²⁾ Zwischenstaatliche Plattform für Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen, *Global Bewertungsbericht über Biodiversität und Ökosystemleistungen: Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger* (Bonn, 2019), Abs. B5.

²³ Timothée Parrique et al., „*Decoupling Debunked: Evidence and Arguments against Green Growth as a Sole Strategy for Sustainability*“ (Europäisches Umweltbüro, 2019), S. 31; und Helmut Haberl et al., „A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: synthesizing the insights“, *Environmental Research Letters*, Bd. 15, Nr. 6 (2020).

²⁴ Jefim Vogel und Jason Hickel, „Is green growth happening? An empirical analysis of achieved versus Paris-compliant CO₂-GDP decoupling in high-income countries“, *Lancet Planetary Health*, Bd. 7, Nr. 9 (2023).

116 Länder) hatten im Zeitraum 2015–2018 eine Entkopplung der verbrauchsabhängigen Emissionen vom BIP erreicht – durch eine Kombination aus der Auslagerung kohlenstoffintensiver Produktion und Verbesserungen bei der Produktionseffizienz sowie beim Energiemix –, doch war diese Entkopplung oft nur von kurzer Dauer und trat vor allem in Ländern (hauptsächlich aus der Europäischen Union und Nordamerika) mit hohem Pro-Kopf-BIP und hohen Pro-Kopf-Kohlendioxidemissionen auf. Weitere 67 Länder (bzw. 58 Prozent), darunter China und Indien, hatten zwischen 2015 und 2018 eine relative Entkopplung von BIP und verbrauchsabhängigen Emissionen erreicht, was sich in einem langsameren Anstieg der Emissionen im Vergleich zum BIP widerspiegelte. In weiteren 19 Ländern (bzw. 16 Prozent), darunter Südafrika und Nepal, kam es von 2015 bis 2018 zu keiner Entkopplung zwischen BIP und verbrauchsabhängigen Emissionen. In diesen Ländern wird ein weiterer Anstieg des BIP wahrscheinlich zu höheren Emissionen führen, wenn sie dem historischen Trend folgen, ohne dass sich die Effizienz der Produktion und der Energienutzung wesentlich verbessert. Der Weltklimarat warnt: „Obwohl die absolute Entkopplung die jährlichen Emissionen [in einem Fünftel der Stichprobe von 116 Ländern] reduziert hat, tragen die verbleibenden Emissionen weiterhin zu einem Anstieg der Kohlenstoffkonzentration in der Atmosphäre bei. Eine absolute Entkopplung reicht nicht aus, um zu verhindern, dass das verbleibende CO₂-Emissionsbudget unterhalb der globalen Erwärmungsgrenze von 1,5 °C oder 2 °C aufgebraucht wird, und um einen Klimakollaps zu vermeiden.“²⁵

15. Zwar findet eine gewisse Dekarbonisierung der Wirtschaft statt, doch beschränkt sich diese größtenteils auf Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen und hohen Treibhausgasemissionen, und sie verläuft sicherlich nicht mit der erforderlichen Geschwindigkeit. Ähnliche Fälle einer absoluten Entkopplung sind bei anderen Umweltbelastungen wie dem Verlust der biologischen Vielfalt und dem Ressourcenverbrauch nicht zu beobachten. Grünes Wachstum findet nicht statt. Zwar sollte die Einführung grüner Technologien und Kreislaufwirtschaftsmodelle beschleunigt werden, doch werden diese allein keine Lösungen in dem erforderlichen Umfang und Tempo liefern.

2. Unterbewertung sozial nützlicher Arbeit

16. Die Fokussierung auf die Steigerung des BIP verschleiert die Bedeutung von Haus- und Betreuungsarbeit sowie die Notwendigkeit, diese besser zu würdigen. Täglich werden etwa 16,4 Milliarden Stunden für die direkte persönliche Betreuung von Kleinkindern oder älteren Angehörigen sowie für indirekte Betreuungsaufgaben wie Kochen, Putzen oder das Sammeln von Wasser oder Brennholz aufgewendet. Das entspricht 2 Milliarden Menschen, die acht Stunden am Tag ohne Bezahlung arbeiten. Würde dieser Beitrag auf der Grundlage des Mindeststundenlohns vergütet, entspräche dies 9 Prozent des globalen BIP. Mehr als drei Viertel dieser Arbeit (76,4 Prozent) wird von Frauen geleistet, die 3,2-mal mehr Zeit als Männer für unbezahlte Betreuungsarbeit aufwenden.²⁶

17. Pflegearbeit ist für die Wirtschaft unverzichtbar: Ohne sie wäre produktive Arbeit unmöglich. Da Pflegearbeit jedoch nicht monetär bewertet wird, wurde sie bislang weder berücksichtigt noch durch soziale Investitionen gefördert. Das ändert sich allmählich. Seit 2013 beziehen Arbeitskrafteerhebungen unbezahlte Haus- und Pflegearbeit systematischer in die Statistiken ein, unter der Rubrik „Dienstleistungen für den Eigenbedarf“; die Ziele für nachhaltige Entwicklung enthalten ein Ziel (5.4 unter Ziel 5 zur Geschlechtergleichstellung), unbezahlte Pflege- und Hausarbeit anzuerkennen und zu würdigen.

18. Die Anerkennung unbezahlter Haus- und Pflegearbeit ist ein erster Schritt, um sicherzustellen, dass sie in wirtschaftliche Analysen einfließt und in der öffentlichen Politik berücksichtigt wird; dass die Erziehung und Bildung von Kindern oder die Pflege eines pflegebedürftigen Angehörigen von potenziellen Arbeitgebern als wertvolle Berufserfahrung angesehen wird; dass bezahlter Elternurlaub und andere Pflegefreistellungen gewährt werden; und dass „Pflegegutschriften“ in die Rentenberechnung einfließen, wie es der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vorschreibt.²⁷ Darüber hinaus sollten Regierungen den Umfang und die Belastung durch Haus- und Pflegearbeit verringern, was bedeutet, dass sie dafür sorgen müssen, dass

²⁵ Shobhakar Dhakal, Jan Christoph Minx und Ferenc L. Toth, „Emissions trends and drivers“, in *Climate Change 2022: Mitigation of Climate Change*, Intergovernmental Panel on Climate Change (Cambridge und New York, Cambridge University Press, 2022), Abs. 2.3.3.

²⁶ Jacques Charmes, „The Unpaid Care Work and the Labour Market. An Analysis of Time Use Data based on the Latest World Compilation of Time-use Surveys“ (Genf, Internationale Arbeitsorganisation, 2019), S. 47.

²⁷ Siehe Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, *Trujillo Calero gegen Ecuador* (E/C.12/63/D/10/2015).

die Gewährleistung eines universellen Zugangs zu sauberem Wasser, sanitären Einrichtungen und Energieversorgungssystemen für den Haushalt, zu erschwinglichen und hochwertigen Betreuungsangeboten sowie politische Maßnahmen, die Mütter und Väter in ihrer Erziehungsrolle und andere Betreuungspersonen unterstützen. Schließlich sollten Betreuungs- und Haushaltsaufgaben neu verteilt werden, um Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter zu erzielen und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für alle zu verbessern. Keines dieser Ziele wird jedoch erreicht werden, wenn nicht auch die Vertretung verbessert wird: Insbesondere Pflegekräfte und Frauenrechtsorganisationen sollten in Entscheidungsgremien am Arbeitsplatz, in der Gemeinschaft und in der Politik einbezogen werden, um sicherzustellen, dass „bezahlte und unbezahlte Pflegekräfte ein Mitspracherecht bei der Schaffung hochwertiger Pflege und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen haben“.²⁸

19. Über die Haus- und Pflegearbeit hinaus führt der „Wachstumswahn“ dazu, dass Arbeit, die einen positiven Beitrag zur Gesellschaft leistet, unterbewertet wird, während Arbeit, die „Mehrwert schafft“, überbewertet wird: Wie beispielsweise von Wissenschaftlern der „Grundlagenökonomie“²⁹ betont wird, sind es die profitabelsten, aber nicht die nützlichsten Arbeitsplätze, die durch höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, einschließlich Arbeitsplatzsicherheit, besser vergütet werden.³⁰

3. Aushöhlung der Gemeingüter

20. In vielen Gemeinschaften sind die Gemeingüter – gemeinschaftlich verwaltete Ressourcen und Institutionen – die Grundlage für den Zugang zu Wasser, Weideland oder Nahrungsmitteln sowie zu Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung oder Bildung. Die Menschenrechtsstandards entwickeln sich allmählich weiter, um der Notwendigkeit, die Gemeingüter sowohl vor Marktkräften und Privatisierung als auch vor der Vereinnahmung durch den Staat zu schützen, besser Rechnung zu tragen. Jüngste Instrumente beziehen sich ausdrücklich auf Gemeingüterregelungen, die auf gewohnheitsrechtlichen Besitzformen beruhen, mit dem Ziel, sicherzustellen, dass solche Regelungen vor Eingriffen geschützt werden. Die Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Land-, Fischerei- und Waldnutzungsrechten im Kontext der nationalen Ernährungssicherheit, die 2012 vom Ausschuss für Welternährungssicherheit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen gebilligt wurden, sehen vor, dass Staaten sicherstellen sollten, dass die Verwaltung von Nutzungsrechten „legitime Nutzungsrechte anerkennt und achtet, einschließlich legitimer gewohnheitsrechtlicher Nutzungsrechte, die derzeit nicht gesetzlich geschützt sind“ (Leitlinie 5.3), und dass dort, wo es „Land, Fischereiressourcen und Wälder in öffentlichem Besitz gibt, die kollektiv genutzt und verwaltet werden (in einigen nationalen Kontexten als ‚Commons‘ bezeichnet), Staaten [...] solche Land-, Fischerei- und Waldressourcen in öffentlichem Besitz sowie die damit verbundenen Systeme der kollektiven Nutzung und Verwaltung anerkennen und schützen sollten, auch bei staatlichen Zuteilungsprozessen“ (Leitlinie 8.3).

21. Ähnliche Formulierungen finden sich in den Freiwilligen Leitlinien zur Sicherung einer nachhaltigen kleinräumigen Fischerei im Kontext der Ernährungssicherheit und der Armutsbekämpfung, die 2014 vom Fischereiausschuss der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen nach einem dreijährigen partizipativen Prozess verabschiedet wurden, sowie in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Bauern und anderer in ländlichen Gebieten tätiger Menschen, die am 17. Dezember 2018 von der Generalversammlung verabschiedet wurde.³¹

22. Die Menschenrechtsnormen verbieten es den Staaten nicht nur, den Menschen den Zugang zu den Ressourcen zu verwehren, von denen sie abhängig sind, sondern verpflichten sie auch, die auf der Praxis des „Commoning“ (der kollektiven Bewirtschaftung gemeinschaftlicher Ressourcen) basierende Produktion und Verteilung von Ressourcen nicht zu stören; dies ist Teil einer umfassenderen Pflicht, sich jeglicher Einmischung in die Ausübung von Rechten zu enthalten. In Situationen, in denen die diesen Rechten entsprechenden Güter und Dienstleistungen von der Gemeinschaft selbst bereitgestellt werden oder deren Ausübung vom bestehenden Zugang zu bestimmten Ressourcen wie Land und Wasser abhängt, besteht diese Pflicht darin, auf Gemeingütern basierende institutionelle Regelungen zu respektieren. Diese Pflicht wurde zwar in erster Linie in Bezug auf Land oder natürliche Ressourcen bekräftigt, ist jedoch nicht auf diese beschränkt. In seiner Allgemeinen Bemerkung Nr. 4 (1991) zum Recht auf angemessenen Wohnraum identifiziert der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte den nachhaltigen Zugang zu natürlichen und gemeinschaftlichen Ressourcen als ein Element dessen, was angemessenen Wohnraum ausmacht (Abs. 8 (b)). Von der Gemeinschaft geführte Wohnungsgenossenschaften, wie die Baan

²⁸ Hochrangiges Gremium zur wirtschaftlichen Stärkung von Frauen, „Leave no one behind: taking action for transformational change on women’s economic empowerment“ (2017).

²⁹ Siehe <https://foundationaleconomy.com>.

³⁰ [A/78/175](#), Abs. 49–54.

³¹ Siehe insbesondere Art. 5 Abs. 1 und Art. 28.

Das 2016 in Thailand ins Leben gerufene Mankong-Programm³² oder die MOBA Housing SCE (Europäische Genossenschaft) in Mittel- und Südosteuropa³³ veranschaulichen den potenziellen Beitrag gemeindebasierter Initiativen zur Gewährleistung des Zugangs zu Wohnraum.³⁴ In seiner Allgemeinen Bemerkung Nr. 19 (2007) zum Recht auf soziale Sicherheit führt der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte als Teil der staatlichen Pflicht zur Achtung des Rechts auf soziale Sicherheit die Verpflichtung auf, „nicht willkürlich oder unangemessen in Selbsthilfe- oder gewohnheitsrechtliche oder traditionelle Regelungen zur sozialen Sicherheit“ oder „in Einrichtungen einzugreifen, die von Einzelpersonen oder Körperschaften zur Gewährleistung der sozialen Sicherheit gegründet wurden“ (Abs. 44).

23. Unter bestimmten Umständen verwalten lokale Gemeinschaften gemeinsame Ressourcen auf nachhaltigere und effektivere Weise, als dies der Fall wäre, wenn diese Verwaltung entweder einzelnen Eigentümern im Zuge einer Privatisierung oder dem Staat überlassen würde.³⁵ Lokale Gemeinschaften sind ideal positioniert, um das für die lokalen Gegebenheiten am besten geeignete Steuerungssystem zu gestalten. Die von ihnen festgelegten Regeln werden von den Mitgliedern der Gemeinschaft als äußerst legitim angesehen, und da die Gemeinschaftsmitglieder an der Gestaltung des Steuerungssystems mitwirken, haben sie einen starken Anreiz, zu dessen Durchsetzung beizutragen. Da die Regeln zudem mit dem Ziel festgelegt werden, die Situation der Gemeinschaft als Ganzes und nicht die einzelner Mitglieder zu verbessern, können sie so gestaltet werden, dass negative externe Effekte minimiert und die langfristige Lebensfähigkeit der Ressource erhalten werden, was wiederum die Nachhaltigkeit verbessert.³⁶ Die Erbringung von Dienstleistungen durch die gemeinsame Nutzung bietet somit eine Reihe von Vorteilen, darunter die Stärkung lokaler Gemeinschaften, die ihre eigenen Lösungen entwickeln, einen inklusiven Zugang und eine verbesserte Rechenschaftspflicht. Doch das Streben nach Wachstum hat oft Privatisierungsprozesse begünstigt, die die Gemeingüter ausgehöhlt haben, um neue Märkte zu schaffen und die Gewinne aus der Ausbeutung von Ressourcen zu maximieren.³⁷

III. Entwicklung ohne Wachstum

24. Die Ausrichtung der Wirtschaft auf Postwachstumsszenarien bedeutet nicht, Sparmaßnahmen aufzuerlegen; sie sollte auch nicht mit einer Rezession verwechselt werden, obwohl Rezessionen durch negative Wachstumsraten gekennzeichnet sind. Vielmehr bedeutet die Ausrichtung der Wirtschaft auf eine Zukunft jenseits des Wachstums die demokratische Planung eines Übergangs zu einer Wirtschaft, die ihre Abhängigkeit vom Wachstum verringert, und zwar in einer Weise, die zur Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte sowie zum Abbau von Ungleichheiten beiträgt. Versuche, Gesellschaften von der Suche nach Wachstum abzubringen, werden auf Widerstand stoßen, solange die Menschen Wirtschaftswachstum mit Fortschritt und verbessertem Wohlbefinden gleichsetzen.³⁸ Die Stärkung der Demokratie ist daher notwendig, wenn ein postwachstumsorientierter Entwicklungsansatz gelingen soll: Insbesondere partizipative Formen der Demokratie können es ermöglichen, bestimmte weit verbreitete Annahmen über den Zusammenhang zwischen Wachstum und Wohlbefinden oder Glück in Frage zu stellen.³⁹

25. Die Gewährleistung von Wohlstand, der auf der Verwirklichung der Menschenrechte beruht, darf nicht mit der Befriedigung grenzenloser Wünsche nach „mehr“ verwechselt werden, die durch das Marketing von Unternehmen erzeugt werden

³² Siehe <https://en.codi.or.th/baan-mankong-rural>.

³³ Siehe <https://moba.coop>.

³⁴ Globale Initiative für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, „Die Commons und öffentliche Dienstleistungen: ein neuer Weg nach vorn oder eine Alternative zu den Menschenrechten?“ (2024).

³⁵ Stéphanie Leyronas, Benjamin Coriat und Kako Nubukpo (Hrsg.), *The Commons: Drivers of Change and Opportunities for Africa* (Washington, D.C., Weltbank, 2023).

³⁶ Elinor Ostrom, *Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action* (New York, Cambridge University Press, 1990); Arun Agrawal, „Common property institutions and „Nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung“, *World Development*, Band 29, Nr. 10 (2001), S. 1649–1672; sowie Michael Cox, Gwen Arnold und Sergio Villamayor Tomás, „Eine Übersicht über Gestaltungsprinzipien für die gemeindebasierte Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen“, *Ecology and Society*, Band 15, Nr. 4 (2010).

³⁷ Zu den Auswirkungen der Privatisierung öffentlicher Vermögenswerte siehe [A/73/396](#).

³⁸ Milena Büchs und Max Koch, „Herausforderungen für den Übergang zum Degrowth: die Debatte über das Wohlbefinden“, *Futures*, Bd. 105 (2019), S. 155–165.

³⁹ Jonas Lage et al., „Bürger fordern Suffizienz und Regulierung – ein Vergleich europäischer Bürgerversammlungen und nationaler Energie- und Klimapläne“, *Energy Research & Social Science*, Bd. 104 (2023).

Strategien, die durch Statuswettbewerb und das Streben nach „Positionsgütern“ angeheizt werden.⁴⁰ Stattdessen sollte eine auf Menschenrechten basierende Norm der Genügsamkeit unrealistische Erwartungen ersetzen, die auf der Konsumentensouveränität beruhen.⁴¹ Die vollständige Verwirklichung der Menschenrechte erfordert kein endloses Streben nach der Befriedigung unendlicher Bedürfnisse, sondern die Gewährleistung einer Reihe von Ansprüchen, die es dem Einzelnen ermöglichen, sich in einer Welt endlicher Ressourcen zu entfalten. Der Ausschuss für die Rechte des Kindes betont, dass das Recht auf angemessenen Wohnraum, Nahrung, Wasser und sanitäre Einrichtungen nachhaltig verwirklicht werden sollte, auch im Hinblick auf den materiellen Konsum, den Ressourcen- und Energieverbrauch sowie die Aneignung von Raum und Natur.⁴²

26. Demokratische Beratungsprozesse sollten sicherstellen, dass die verfügbaren Ressourcen in erster Linie dafür eingesetzt werden, ein angemessenes Niveau an öffentlichen Dienstleistungen (in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, öffentlicher Verkehr, Energieversorgung und Wohnungswesen) und sozialer Absicherung zu gewährleisten, anstatt der Nachfrage der Gruppen mit der höchsten Kaufkraft nachzugeben.⁴³ In diesem Sinne ist eine Zukunft jenseits des Wachstums eine Zukunft, die sich auf die uneingeschränkte Verwirklichung der Menschenrechte konzentriert: Sie ist das genaue Gegenteil davon, Rechte dem angeblichen Bedürfnis nach Kürzung öffentlicher Ausgaben zu opfern.

A. Das Wertvolle wertschätzen

27. In den letzten Jahren wurden erhebliche Fortschritte bei der Entwicklung und Anwendung von Indikatoren für den sozialen Fortschritt als Alternative zum BIP erzielt.⁴⁴ Während eine Reihe von Ländern Wohlstandsindizes in unterschiedlicher Form eingeführt hat, sind einige noch einen Schritt weiter gegangen und nutzen solche Indikatoren als Leitlinien für ihre Politik. Im Jahr 2008 führte Bhutan den Bruttonationalglücksindex ein, der den Fortschritt anhand von neun Bereichen und 33 Indikatoren messen soll, die das psychische, gesundheitliche, kulturelle und ökologische Wohlbefinden umfassen; die Verfassung von Bhutan verpflichtet die Regierung, das Bruttonationalglück bei ihrer Politikgestaltung zu berücksichtigen.⁴⁵ Die Verfassungen von Ecuador und des Plurinationalen Staates Bolivien verweisen auf „*buen vivir*“ als Leitrahmen für die Entwicklung.⁴⁶ Innerhalb der schottischen Regierung bewertet die National Performance Unit den Fortschritt bei der Erreichung nationaler Ziele (festgelegt im Rahmen des 2007 eingeführten National Performance Framework) auf der Grundlage von Haushaltserhebungen. In Wales wird die Umsetzung des „Well-being of Future Generations Act 2015“ vom Future Generations Commissioner for Wales bewertet. Im Jahr 2019 führte Neuseeland als eines der ersten Länder einen Wohlfahrtshaushalt ein, der das Wohlbefinden und die Umwelt in den Mittelpunkt des Haushaltsplanungsprozesses der Regierung stellt, anstatt sich eng auf das BIP zu konzentrieren; ein Dashboard zum Lebensstandard-Rahmenwerk hilft dabei, über die rein fiskalischen und wirtschaftlichen Auswirkungen politischer Entscheidungen hinauszuschauen.

28. Im Jahr 2020 empfahl die Beratungsgruppe des OECD-Generalsekretärs für eine neue Wachstumsagenda den politischen Entscheidungsträgern, vier Kernziele in neuen Rahmenwerken der Wirtschaftstheorie, -analyse und -politik zu berücksichtigen: ökologische Nachhaltigkeit, steigendes Wohlbefinden, sinkende Ungleichheit und Systemresilienz.⁴⁷ Die Beratungsgruppe räumte zwar ein, dass „Einkommen wichtig ist, insbesondere für diejenigen mit niedrigem Einkommen“, betonte jedoch, dass die

⁴⁰ Fred Hirsch, *Social Limits to Growth* (London, Routledge and Kegan Paul, 1977); und Robert H. Frank, „Positional externalities cause large and preventable welfare losses“, *American Economic Review*, Bd. 95, Nr. 2 (2005), S. 137–141.

⁴¹ Doris Fuchs et al., „Consumption Corridors: Living a Good Life within Sustainable Limits“ (London, Routledge, 2021), S. 69.

⁴² Allgemeine Bemerkung Nr. 26 (2023). Siehe auch Andreas Buser, „From doughnut economics to doughnut jurisprudence: a human rights perspective“, *Human Rights Law Review*, Bd. 24, Nr. 2 (erscheint in Kürze).

⁴³ Timothée Parrique, „The political economy of degrowth“, Doktorarbeit, Université Clermont Auvergne und Stockholm University, 2019.

⁴⁴ Rutger Hoekstra, *Replacing GDP by 2030. Towards a Common Language for the Well-Being and Nachhaltigkeit* (Cambridge, Vereinigtes Königreich, Cambridge University Press, 2019).

⁴⁵ Milan Thomas und Yangchen C. Rinzin, „What is Bhutan’s Gross National Happiness Index?“, *Asian Development Blog*, 20. März 2023, abrufbar unter <https://blogs.adb.org/blog/your-questions-answered-what-bhutan-s-gross-national-happiness-index>.

⁴⁶ Alberto Acosta, „El buen (con)vivir, una utopía por (re)construir: alcances de la Constitución de Montecristi“, *Obets Revista de Ciencias Sociales*, Bd. 6, Nr. 1 (2011), S. 35–67 (auf Spanisch); sowie Martin Calisto Friant und John Langmore, „The *buen vivir*: a policy to survive the Anthropocene?“, *Global Policy*, Bd. 6, Nr. 1 (2015), S. 64–71.

⁴⁷ OECD, *Beyond Growth: Towards a New Economic Approach* (Paris, 2020).

„eine Vielzahl anderer Faktoren“, die ein „erfülltes und blühendes Leben“ ermöglichen, würden sich nicht automatisch aus einem höheren BIP ergeben. Tatsächlich hieß es darin, dass jeglicher Fortschritt, der von einem höheren BIP erwartet werde, „oft durch die Art und Weise, wie es erwirtschaftet wird, beeinträchtigt werden kann – insbesondere für Menschen mit geringerem Einkommen und in prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie dort, wo privater Konsum Vorrang vor öffentlichen Gütern hat“.⁴⁸

29. Auch die Vereinten Nationen haben ihren Beitrag geleistet. Das UNDP entwickelt seit 1990 einen Index der menschlichen Entwicklung als zusammenfassenden Maßstab für die Leistungen verschiedener Länder in drei Dimensionen der menschlichen Entwicklung: ein langes und gesundes Leben führen, über Wissen verfügen und einen angemessenen Lebensstandard haben.⁴⁹ Im Rahmen der Ziele für nachhaltige Entwicklung ging dem Ziel 17.19 die Verabschiedung der Resolution 65/309 der Generalversammlung am 19. Juli 2011 voraus, in der die Generalversammlung anerkannte, dass der BIP-Indikator von Natur aus nicht darauf ausgelegt war und das Glück und das Wohlergehen der Menschen in einem Land nicht angemessen widerspiegelte, dass nicht nachhaltige Produktions- und Konsummuster eine nachhaltige Entwicklung behindern könnten und dass ein inklusiverer, gerechter und ausgewogener Ansatz für Wirtschaftswachstum erforderlich sei, der nachhaltige Entwicklung, Armutsbekämpfung, Glück und Wohlergehen aller Menschen fördere. Darüber hinaus forderte sie die Mitgliedstaaten auf, die Ausarbeitung zusätzlicher Maßnahmen voranzutreiben, die der Bedeutung des Strebens nach Glück und Wohlergehen in der Entwicklung besser Rechnung tragen, um ihre öffentliche Politik zu lenken. Tatsächlich bieten die Ziele für nachhaltige Entwicklung selbst eine Alternative zum BIP als Kompass für das öffentliche Handeln.

30. Aufbauend auf dem Bericht „Unsere gemeinsame Agenda“ räumte der Generalsekretär in seinem Policy Brief 4 ein, dass das BIP das menschliche Wohlergehen nicht berücksichtige, und skizzierte verschiedene Wege, wie man über das Bruttoinlandsprodukt hinausgehen könne, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen.⁵⁰ Unter Hinweis darauf, dass Wohlbefinden, Gleichheit und ökologische Nachhaltigkeit komplexe, multidimensionale Phänomene seien, die nicht durch einen einzigen zusammenfassenden Indikator wie das BIP erfasst werden könnten,⁵¹ stellte der Generalsekretär die Nützlichkeit eines einzigen zusammengesetzten Indikators für alles in Frage, da dieser möglicherweise zu viel zusammenfasse und zu wenig offenlege, um als angemessene Grundlage für politische Entscheidungen dienen zu können.⁵² Vielmehr befürwortet der Generalsekretär die Schaffung eines konzeptionellen Rahmens zur Bewertung dessen, was zählt, der sich auf die Erreichung von drei Zielen (Wohlbefinden und Handlungsfähigkeit, Achtung vor dem Leben und dem Planeten sowie Abbau von Ungleichheiten und Stärkung der Solidarität) und drei Elementen (partizipative Regierungsführung und stärkere Institutionen, innovative und ethische Wirtschaftssysteme sowie der Übergang von Vulnerabilität zu Resilienz) konzentriert.⁵³ In dem Policy Brief schlug der Generalsekretär die Einrichtung einer unabhängigen, hochrangigen Expertengruppe vor, um ein Dashboard mit potenziellen Indikatoren zu entwickeln.

31. Im Allgemeinen weisen diese Versuche, Indikatoren für das Wohlbefinden zu ermitteln, drei Mängel auf. Erstens werden sie eher als willkürlich denn als konsensfähig und objektiv wahrgenommen: Sowohl die Liste der Komponenten des Wohlbefindens als auch die Gewichtung der einzelnen Komponenten können angefochten werden. Zweitens enthalten sie kein Element der Rechenschaftspflicht: Mit wenigen Ausnahmen können Regierungen die Warnsignale, die Indikatoren für das Wohlbefinden aussenden, routinemäßig ignorieren. Aus beiden Gründen wäre es äußerst ratsam, Indikatoren für das Wohlbefinden auf den Menschenrechten zu gründen und Menschenrechtsmechanismen die Überwachung ihrer Einhaltung zu ermöglichen. Drittens sind diese Indikatoren zwar ein Instrument, das es Gesellschaften ermöglicht zu verstehen, in welche Richtung sie sich bewegen, doch sind sie ungeeignet, Lösungen aufzuzeigen. Sie können Gemeinschaften zwar auf die Notwendigkeit eines Kurswechsels aufmerksam machen, geben jedoch keine Hinweise darauf, wie dieser zu bewerkstelligen ist. Im Folgenden untersucht der Sonderberichterstatter einige Handlungsmöglichkeiten.

⁴⁸ Ebenda, S. 17.

⁴⁹ Siehe <https://hdr.undp.org/data-center/human-development-index#/indicies/HDI>.

⁵⁰ Generalsekretär, „Valuing what counts: framework to progress beyond gross domestic product“, Our Common Agenda Policy Brief 4 (Mai 2023), S. 3 und 8.

⁵¹ Ebenda, S. 10.

⁵² Ebenda.

⁵³ Ebenda, S. 9.

B. Bekämpfung von Ungleichheiten

32. Der Kampf gegen Einkommens- und Vermögensungleichheiten – „vertikale Ungleichheiten“ im Gegensatz zu den „horizontalen Ungleichheiten“ zwischen Gruppen, mit denen sich die Menschenrechtsgesetzgebung traditionell stärker befasst hat – sollte im Mittelpunkt der Suche nach postwachstumsorientierten Ansätzen zur Beseitigung der Armut stehen.

33. Erstens ermöglichen Ungleichheiten (sowohl innerhalb von Ländern als auch zwischen Ländern) den Wohlhabendsten, über Ressourcen zu verfügen, die infolgedessen nicht zur Deckung der Grundbedürfnisse von Menschen in Armut zur Verfügung stehen. Je stärker das Produktionssystem von der Nachfrage bestimmt wird und je länger Einkommensunterschiede bestehen bleiben dürfen, desto mehr Ressourcen werden dafür verwendet, die Wünsche der Reichen zu befriedigen, anstatt die Bedürfnisse der Armen zu decken. Die Wirtschaft ist daher weniger effizient bei der Deckung dieser Bedürfnisse, wenn sie ein hohes Maß an Ungleichheit toleriert.

34. Zweitens hat die Anhäufung von Reichtum innerhalb einer kleinen Elite erhebliche Auswirkungen, insbesondere auf die Treibhausgasemissionen, aufgrund der Investitionsentscheidungen der wohlhabendsten Gruppen. Das reichste 1 % der Weltbevölkerung ist für 23 % des gesamten Emissionsanstiegs seit 1990 verantwortlich (während die ärmsten 50 % nur für 16 % des gesamten Emissionsanstiegs verantwortlich sind); der Großteil der Emissionen der Reichsten resultiert aus ihren Investitionen und nicht aus ihrem Konsum.⁵⁴

35. Drittens würde der Abbau von Ungleichheiten den am wenigsten nachhaltigen Lebensweisen Einhalt gebieten, die sich nur die reichsten Bevölkerungsschichten, die überwiegend in reichen Ländern leben, leisten können. Weltweit sind die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung (von denen zwei Drittel in Regionen mit hohem Einkommen leben) für etwa 36–45 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich, während die durch den Lebensstil bedingten Emissionen der Bürger mit mittlerem Einkommen und der ärmsten Bürger in Schwellenländern zwischen 5 und 50 Mal niedriger sind als die ihrer Pendants in Ländern mit hohem Einkommen.⁵⁵ Das Problem ist nicht nur der Reichtum der Elite aufgrund der Konsumgewohnheiten, die er ermöglicht, sondern die Ungleichheit selbst, da Ungleichheit den Statuswettbewerb durch materiellen Konsum fördert. Tatsächlich wollen wir jenseits eines bestimmten Niveaus individuellen Wohlstands materielle Dinge nicht wegen des Komforts, den sie bieten, sondern wegen der Botschaft, die wir damit an unsere Mitmenschen senden: Ungleiche Gesellschaften befeuern einen permanenten Wettlauf um Status durch Konsum.⁵⁶ Im Gegensatz dazu wird in gleichberechtigteren Gesellschaften oder in Gesellschaften, in denen die soziale Positionierung durch andere Mittel als Konsum signalisiert werden kann, das Wachstum, das zur Aufrechterhaltung des Zyklus „Arbeiten-Ausgeben-Konsumieren“ erforderlich ist, weniger notwendig.⁵⁷

36. Viertens haben Einkommens- und Vermögensungleichheiten politische Konsequenzen. Wirtschaftliche Dominanz lässt sich leicht in politischen Einfluss umwandeln, wodurch die reichsten Bevölkerungsgruppen und die mächtigsten Wirtschaftsakteure jedes Vorhaben blockieren können, das den Status quo, von dem sie profitieren, in Frage stellen könnte.⁵⁸ In Gesellschaften mit größerer Ungleichheit ist zudem das bürgerschaftliche Engagement im Allgemeinen geringer, und Ungleichheiten beim Zugang zu Informationen und Macht halten Menschen in Armut davon ab, sich zu mobilisieren – obwohl sie am stärksten von der Untätigkeit in Fragen wie Luft- und Wasserverschmutzung betroffen sind, vor denen sie sich nicht schützen können.⁵⁹

37. So führen Ungleichheiten zu einem Teufelskreis. Sie führen zu einer Finanzialisierung der Wirtschaft, die eine wesentliche Ursache für den Anstieg der Treibhausgasemissionen darstellt, und sie fördern die Übernahme von Konsumgewohnheiten der Reichen – größere Häuser, leistungsstärkere Autos, exotische Reisen

⁵⁴ Lucas Chancel, „Global carbon inequality over 1990–2019“, *Nature Sustainability*, Bd. 5, Nr. 11 (2022), S. 931–938.

⁵⁵ Dhakal, Minx und Toth, „Emissions trends and drivers“, Abs. 2.6.1 und 2.6.2.

⁵⁶ Olivier De Schutter, Kate Pickett und Richard Wilkinson, „Equality as an ingredient for a post-growth world“, in: *Transformative Ideas – Ensuring a Just Share of Progress for All*, hrsg. von Kalina Arabadjieva u. a. (Brüssel, Europäisches Gewerkschaftsinstitut, 2023), S. 81–92.

⁵⁷ Richard Wilkinson und Kate Pickett, *The Spirit Level. Why Greater Equality Makes Societies Stronger* (London, Allen Lane, 2009), S. 226.

⁵⁸ Martin Gilens, *Affluence and Influence. Economic Inequality and Political Power in America* (Princeton, Princeton University Press, 2012); und Alessandro Roncaglia, *Power and Inequality: A Reformist Perspective* (Cambridge, Vereinigtes Königreich, Cambridge University Press, 2024).

⁵⁹ James K. Boyce, „The environmental cost of inequality“, *Scientific American*, Bd. 319, Nr. 5 (2018), S. 72; sowie James K. Boyce, *Economics for People and the Planet: Inequality in the Era of Climate Change* (Anthem Press, 2019).

– die mit marginalisierten Gemeinschaften und einkommensschwachen Haushalten um die Nutzung knapper Ressourcen konkurrieren. Diese Gemeinschaften und Haushalte werden aus diesem Auktionsprozess herausgepreist und sind letztendlich möglicherweise nicht in der Lage, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, selbst in Situationen, in denen die Ressourcen ansonsten ausreichen würden, um einen angemessenen Lebensstandard für alle zu gewährleisten. Der Lebensstil der Reichen, angetrieben von Statuskampf und demonstrativem Konsum, befeuert das konsumgetriebene Modell unseres derzeitigen globalen Wirtschaftssystems, das auf der ständig steigenden Produktion und dem Kauf von Konsumgütern beruht, um das Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten. Ein solcher Lebensstil ist völlig unvereinbar mit der Notwendigkeit, Umweltbelastungen zu reduzieren. Doch ihre Kontrolle über Vermögenswerte ermöglicht es mächtigen Wirtschaftsakteuren, die vom Status quo profitieren, jede bedeutende Reform zu blockieren, die ihre dominante Position bedrohen könnte.

C. Der Übergang von der profitorientierten Wirtschaft zur Menschenrechtswirtschaft

38. Wirtschaftsreformen, die die Abhängigkeit vom Markt verringern, können Gesellschaften ermöglichen, sich aus dem Teufelskreis zu befreien, in dem Überproduktion – diktiert durch das Streben nach Gewinnsteigerung – nur durch die Ankurbelung von Überkonsum aufrechterhalten werden kann, wodurch die Menschen in einem Kreislauf aus Arbeit und Konsum gefangen bleiben, der ein Hindernis für ein erfülltes Leben darstellt. Auf der Konsumseite sollte der Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, die für die uneingeschränkte Wahrnehmung der Menschenrechte notwendig sind, weniger von der Zahlungsfähigkeit und damit vom Zugang zu gut bezahlten Arbeitsplätzen abhängig gemacht werden. Auf der Produktionsseite sollte sich die Produktionsmaschinerie stärker auf die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse konzentrieren und weniger auf die Befriedigung von Wünschen, die durch die Marketingstrategien von Unternehmen erzeugt und durch Statusangst angeheizt werden. Daraus ergeben sich fünf Prioritäten.

1. Förderung der Sozial- und Solidarwirtschaft

39. Zur Sozial- und Solidarwirtschaft gehören Unternehmen, die „bei der Verteilung und Verwendung von Überschüssen und/oder Gewinnen sowie von Vermögenswerten den Menschen und soziale Ziele über das Kapital stellen“.⁶⁰ Sie produzieren Güter und erbringen Dienstleistungen, um ihren von den Mitgliedern festgelegten sozialen Auftrag zu erfüllen.⁶¹ Ihr Ziel besteht somit nicht darin, Investoren zu entlohnen, sondern den Bedürfnissen der Gemeinschaft gerecht zu werden.⁶²

40. Unternehmen der Sozial- und Solidarwirtschaft können entweder keine Dividenden an Aktionäre ausschütten oder sind in ihrer Möglichkeit, Investoren zu vergüten, stark eingeschränkt. Ihr Kapital ist „geduldiges Kapital“, das kurzfristige Gewinne verhindert und weder die Anhäufung von Reichtum noch Finanzspekulationen zulässt.⁶³ Alle erzielten Überschüsse werden entweder in das Unternehmen reinvestiert oder implizit umverteilt, beispielsweise durch die Einkaufs- oder Verkaufspolitik. Zudem ist die Unternehmensführung von Unternehmen der Sozialwirtschaft demokratisch: Anstatt dass Stimmrechte an die Höhe des investierten Kapitals gekoppelt sind, hat jeder Stakeholder in der Regel eine Stimme, und die meisten Stakeholder nehmen eine doppelte Rolle ein: Investor-Arbeitnehmer, Investor-Verbraucher oder sogar Investor-Lieferant.⁶⁴ Eine solche demokratische Entscheidungsfindung stellt sicher, dass die strategischen Entscheidungen des Unternehmens nicht der Gewinnmaximierung dienen, sondern den Interessen seiner Mitglieder und/oder dem Allgemeinwohl.⁶⁵

41. Im Gegensatz zu gewinnorientierten Unternehmen, für die Wachstum unerlässlich ist, um Investoren anzuziehen, und deren Gewinne von ausbeuterischen Geschäftspraktiken abhängen (da sie mehr entnehmen müssen, als sie zurückgeben), können Unternehmen der Sozial- und Solidarwirtschaft somit die wirtschaftliche Tragfähigkeit vom Wachstumszwang entkoppeln.

⁶⁰ Entschließung der Internationalen Arbeitsorganisation zu menschenwürdiger Arbeit und der Sozial- und Solidarwirtschaft, Dokument ILC.110/Resolution II, 10. Juni 2022, Abs. 5.

⁶¹ Sybille Mertens, *La gestion des entreprises sociales* (Lüttich, Edipro, 2010).

⁶² Walter W. Powell und Richard Steinberg, *The Nonprofit Sector: A Research Handbook*, 2. Aufl. (New Haven, Yale University Press, 2006).

⁶³ Matthew Thompson, „Social economy and social enterprise“, in *International Encyclopedia of Human Geography*, Audrey Kobayashi (Hrsg.), 2. Aufl., Bd. 12 (Elsevier, 2020), S. 239–247.

⁶⁴ OECD, „Was ist die Sozial- und Solidarwirtschaft? Ein Überblick über die Konzepte“, OECD Local Economic and Employment Development Papers, Nr. 2023/13 (2023).

⁶⁵ Ebenda.

2. Demokratisierung der Arbeit

42. Zwar ist demokratische Unternehmensführung ein Merkmal der Sozial- und Solidarwirtschaft, doch kann und sollte die Demokratie am Arbeitsplatz in allen Unternehmen gefördert werden, auch im gewinnorientierten Sektor.⁶⁶ Obwohl gemeinhin angenommen wird, dass Gewerkschaften einen Übergang zu ökologisch nachhaltigeren Produktionsmethoden und Geschäftsmodellen ablehnen, insbesondere in stark umweltbelastenden oder ressourcenintensiven Branchen, gibt es Anzeichen dafür, dass sich dies ändert.⁶⁷ Das Interesse der Arbeitnehmer an gesunden und sicheren Arbeitsbedingungen deckt sich oft mit der Suche nach Produktionsmethoden, die die Umwelt weniger belasten. Arbeitnehmer sind weitaus häufiger als Aktionäre Teil der Gemeinschaften, die von den durch bestimmte Produktionsprozesse verursachten Abfällen und Umweltverschmutzung betroffen sind. Schließlich wird die Einbindung der Arbeitnehmer in strategische Unternehmensentscheidungen, einschließlich in globalen Lieferketten, den Anreiz für Unternehmen verringern, die umweltschädlichsten Teile der Produktionsketten in Länder auszulagern, in denen Umweltvorschriften nicht existieren oder nur unzureichend durchgesetzt werden.

43. Die Demokratisierung der Arbeit kann gestärkt werden, indem sichergestellt wird, dass Arbeitnehmer auf andere Weise als durch Arbeit Zugang zu den Lebensgrundlagen erhalten. Die Einführung einer Arbeitsplatzgarantie⁶⁸ oder die Bereitstellung universeller Grundversorgungsleistungen würde die Fähigkeit von Unternehmen schwächen, auf „Arbeitsplatz-Erpressung“ zurückzugreifen, und somit auch die Bemühungen der Arbeitnehmer unterstützen, sicherzustellen, dass die Steigerung von Gewinnen nicht über die Gesundheit der Arbeitnehmer oder der Gemeinschaften gestellt wird.⁶⁹

3. Arbeitsteilung

44. Die Verkürzung der Arbeitszeit birgt ein erhebliches Potenzial zur Verringerung der Belastung der Ökosysteme durch wirtschaftliche Aktivitäten.⁷⁰ In einer Studie, in der 29 OECD-Länder mit hohem Einkommen im Zeitraum von 1970 bis 2007 verglichen wurden, wurde gezeigt, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit den ökologischen Fußabdruck (gemessen als die Fläche an bioproduktivem Land, die benötigt wird, um den Bedarf an Nahrungsmitteln, Wohnraum, Transport, Konsumgütern und Dienstleistungen durch die Bereitstellung von Ressourcen und die Aufnahme von Abfällen zu decken), den CO₂-Fußabdruck (CO₂-Emissionen, die durch den Konsum der Einwohner eines Landes entstehen, einschließlich der in Importen enthaltenen Emissionen) und die territorialen CO₂-Emissionen (die innerhalb der Grenzen des betrachteten Gebiets entstehen) verringerte.⁷¹ In ähnlicher Weise wurde in einer Studie über die Zeitmutzung und das Konsumverhalten schwedischer Haushalte festgestellt, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Prozent den Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen um etwa 0,7 bzw. 0,8 Prozent senken kann.⁷² In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde ein signifikanter Zusammenhang zwischen langen Arbeitszeiten und CO₂-Emissionen festgestellt: Dieser Zusammenhang ist sowohl auf den Beitrag langer Arbeitszeiten zum BIP als auch auf den CO₂-intensiveren Lebensstil von Arbeitnehmern zurückzuführen, die aufgrund langer Arbeitszeiten unter Zeitmangel leiden.⁷³

⁶⁶ Siehe das Plädoyer von mehr als 6.000 Wissenschaftlern aus aller Welt unter www.DemocratizingWork.org.

⁶⁷ Paul Guillibert, *Exploiter les vivants: une écologie politique du travail* (Paris, Amsterdam Editions, 2023) (auf Französisch).

⁶⁸ [A/HRC/53/33](https://www.ohchr.org/EN/Issues/Work/Pages/A_HRC_53_33.aspx).

⁶⁹ J. Mijin Cha et al., „*Workers and Communities in Transition: Report of the Just Transition Listening Project*“ (Labor Network for Sustainability, 2021); sowie Alyssa Battistoni, „Sustaining life on this planet“, in: *Democratize Work: The Case for Reorganizing the Economy*, herausgegeben von Isabelle Ferreras, Julie Battilana und Dominique Méda (Chicago und London, University of Chicago Press, 2022), S. 103–110.

⁷⁰ Dies könnte auch erhebliche Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter haben und ist somit auch ein Mittel, unbezahlte Haus- und Pflegearbeit besser zu würdigen: siehe De Schutter, *The Poverty of Growth*, S. 89 und 90.

⁷¹ Konkret kam die Studie zu dem Schluss, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit um 10 Prozent zu einer Rückgang des ökologischen Fußabdrucks, des CO₂-Fußabdrucks und der CO₂-Emissionen um 12,1, 14,6 und jeweils 4,2 Prozent. Siehe Kyle W. Knight, Eugene A. Rosa und Juliet B. Schor, „Reducing growth to achieve environmental sustainability: the role of work hours“, in *Capitalism on Trial: Explorations in the Tradition of Thomas E. Weisskopf*, Jeannette Wicks-Lim und Robert Pollin, Hrsg. (Cheltenham, Edward Elgar, 2013), S. 187–204.

⁷² Jonas Nässén und Jörgen Larsson, „Would shorter working time reduce greenhouse gas emissions? An analysis of time use and consumption in Swedish households“, *Environment and Planning C: Government and Policy*, Bd. 33, Nr. 4 (2015), S. 726–745.

⁷³ Jared B. Fitzgerald, Juliet B. Schor und Andrew K. Jorgenson, „Arbeitszeiten und Kohlendioxidemissionen in den Vereinigten Staaten, 2007–2013“, *Social Forces*, Bd. 96, Nr. 4 (2018), S. 1851–1874.

45. Zwei Mechanismen sind am Werk. Erstens führt eine verkürzte Arbeitszeit in der Regel zu geringeren Einkommen, was die Haushalte zwingt, weniger zu konsumieren. Zweitens kann die Verkürzung der Arbeitszeit Raum für weniger energieintensive, aber zeitaufwändigere Konsumgewohnheiten (wie das Zubereiten von Mahlzeiten anstelle des Kaufs von Fertiggerichten) sowie für Eigenproduktionsaktivitäten schaffen, wodurch die Abhängigkeit vom Markt verringert wird. Der erste Mechanismus wird besonders in Situationen von Bedeutung sein, in denen die Verkürzung der Arbeitszeit mit einer Senkung der Löhne einhergeht – eine Entwicklung, die nur dann gefördert werden sollte, wenn das Recht auf einen existenzsichernden Lohn und auf faire Entlohnung vollständig gewährleistet ist⁷⁴ und wenn die öffentlichen Investitionen für die Bereitstellung universeller Grundversorgungsleistungen erhöht werden.

4. Bekämpfung des Konsumismus

46. Der Kampf gegen Ungleichheiten überschneidet sich mit dem Kampf gegen den Konsumismus: die Ankurbelung des Konsums durch Marketing und ständige Innovation. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zielen Marketingstrategien nicht darauf ab, auf die Nachfrage zu reagieren, indem sie ungedeckte Bedürfnisse identifizieren, sondern vielmehr darauf, die Grenze zwischen Bedürfnissen und Wünschen zu verwischen und neue Objekte der Begierde zu schaffen.⁷⁵ Dies begünstigt zusammen mit dem zunehmenden Innovationstempo, das zu einer raschen Veralterung von Konsumgütern führt, das ungebremste Wachstum der Wirtschaft. Es verschärft zudem die Ausgrenzung von Menschen mit geringem Einkommen, die mit den daraus resultierenden sich wandelnden gesellschaftlichen Erwartungen nicht Schritt halten können.⁷⁶ Ein Werbeverbot, das Verbot der geplanten Veralterung von Gütern und die Einführung eines Rechts auf Reparatur können zur Suche nach einer Post-Wachstums-Strategie beitragen.

5. Bereitstellung universeller Grundversorgungsleistungen

47. Neben der Anhebung der Einkommen durch die Gewährleistung des Rechts auf existenzsichernde Löhne und eine faire Entlohnung⁷⁷ sowie durch die Stärkung des sozialen Schutzes sollten Regierungen in die Bereitstellung universeller Grundversorgungsleistungen investieren und so den Zugang aller zu den Dienstleistungen sicherstellen, die die Verwirklichung der Menschenrechte gewährleisten:⁷⁸ angemessener Wohnraum, Gesundheitsversorgung, nahrhafte Ernährung durch Schulmahlzeiten, Wasser und Energie, Verkehr und digitaler Zugang.⁷⁹ Bekannte Beispiele gibt es zuhauf, vom National Health Service im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland bis zu den 420.000 Sozialwohnungen in Wien und von der Bereitstellung von Kinderbetreuung in Schweden bis zur Einführung des kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs in Luxemburg im Jahr 2020.

48. Wenn sie durch stark umverteilende Steuersysteme finanziert werden, können universelle Grundversorgungsleistungen dazu beitragen, Ungleichheiten abzubauen. Je mehr Grundbedürfnisse durch universelle Grundversorgungsleistungen abgedeckt werden, desto weniger spielen Einkommensunterschiede eine Rolle und desto weniger werden Haushalte mit niedrigem Einkommen benachteiligt. Die universelle Bereitstellung von Grundversorgungsleistungen vermeidet zudem Risiken, die mit der bedarfsorientierten Zuteilung von Leistungen verbunden sind, was regelmäßig zu einer Unterversorgung und hohen Nichtinanspruchnahmequoten führt.⁸⁰ Sie kann auch politisch nachhaltiger sein, da Steuerzahler und Wähler Haushaltsverpflichtungen eher unterstützen, die nicht nur Geringverdienern, sondern der gesamten Bevölkerung zugutekommen.⁸¹ Durch sozial-ökologische öffentliche Beschaffung und Ökodesign können universelle Grundversorgungsleistungen zudem sicherstellen, dass die Dienstleistungen auf eine Weise erbracht werden, die Umweltbelastungen verringert: Im sozialen Wohnungsbau können beispielsweise gut isolierte Häuser gebaut werden; bei der Energieversorgung kann saubere Energie Vorrang erhalten; Schulverpflegungsprogramme können den lokalen Bezug von Lebensmitteln von Kleinbauern priorisieren, die

⁷⁴ [A/78/175](#).

⁷⁵ Joseph J. Merz et al., „World scientists’ warning: the behavioural crisis driving ecological overshoot“, *Science Progress*, Band 106, Nr. 3 (2023).

⁷⁶ [A/75/181](#), Abs. 49–52.

⁷⁷ [A/78/175](#).

⁷⁸ Siehe „Our Future is Public: The Santiago Declaration on Public Services“, verabschiedet im Dezember 2022 von einer breiten Koalition aus zivilgesellschaftlichen Gruppen und Experten.

⁷⁹ Anna Coote und Andrew Percy, *The Case for Universal Basic Services* (Cambridge, Vereinigtes Königreich, Polity, 2020).

⁸⁰ [A/HRC/50/38](#).

⁸¹ Walter Korpi und Joakim Palme, „The paradox of redistribution and strategies of equality: welfare state institutions, inequality and poverty in the western countries“, *American Sociological Review*, Bd. 63, Nr. 5 (1998), S. 661–687.

in die agroökologische Produktion; und Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr können die Zahl der Autos auf den Straßen verringern.

IV. Verbleibende Herausforderungen

49. Es bestehen nach wie vor erhebliche Hindernisse, die Wirtschaft auf die Verwirklichung der Menschenrechte auszurichten, anstatt auf die Steigerung monetär bewerteter Produktionsleistungen. Die kulturellen Barrieren sind real: Viele Menschen glauben immer noch, dass Wirtschaftswachstum mit menschlichem Fortschritt gleichgesetzt werden kann. Auch politische und wirtschaftliche Fragen sollten nicht unterschätzt werden: Die Akteure, die vom Status quo profitieren, werden versuchen, sich dem Wandel zu widersetzen.⁸² Über die Schaffung der notwendigen Unterstützung hinaus stehen die politischen Entscheidungsträger vor zwei zentralen Herausforderungen, die im Folgenden erörtert werden.

A. Finanzierung staatlicher Dienstleistungen

50. Es herrscht allgemein die Auffassung, dass ein Wachstum des BIP erforderlich ist, um die staatlichen Leistungen für die Bevölkerung zu finanzieren und die für den ökologischen Wandel notwendigen Investitionen zu tätigen – beispielsweise in erneuerbare Energien oder in die Infrastruktur des öffentlichen Nahverkehrs. Tatsächlich wurden die Wohlfahrtsstaaten, die sich in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts herausbildeten, hauptsächlich durch Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie durch Einkommenssteuern finanziert. Der stetige Anstieg der Wirtschaftstätigkeit, angeregt durch die Verbrauchernachfrage (die nach keynesianischen Ansätzen wiederum durch Einkommensunterstützungsmaßnahmen gestützt wurde), ermöglichte es den Regierungen somit, der Bevölkerung eine Reihe von Dienstleistungen (in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, öffentlicher Verkehr und Wohnen) anzubieten und den Sozialschutz (sowohl durch beitragsabhängige Systeme als auch durch beitragsunabhängige Formen der Sozialhilfe) zu stärken. In Zukunft werden die Bedürfnisse weiter zunehmen, insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung und der Altersversorgung, da die Länder mit einer alternden Bevölkerung (als Folge gesteigerter Lebenserwartung und gesunkener Geburtenraten) und familiären Veränderungen (höhere Scheidungsraten und mehr Alleinerziehende) konfrontiert sind: In den OECD-Ländern hat sich der Anteil der Menschen im Alter von 65 Jahren und älter im Vergleich zum Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter von 1950 bis 2015 verdoppelt und könnte sich bis 2075 erneut verdoppeln.⁸³ Darüber hinaus werden die Ökologisierung der Wirtschaft und, im weiteren Sinne, die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung erhebliche Investitionen erfordern.⁸⁴

51. Die Herausforderung besteht heute darin, diese staatlichen Maßnahmen zu finanzieren, ohne den Gesamtumsatz der Wirtschaftstätigkeit (gemessen am BIP-Indikator) weiter steigern zu müssen.⁸⁵ Zwar können Staaten, die über Währungshoheit verfügen (d. h. ihre eigene Währung ausgeben, die von Anbietern von Waren und Dienstleistungen als Zahlungsmittel akzeptiert wird), ein hohes Maß an Staatsverschuldung verkraften,⁸⁶ doch bestehen dennoch erhebliche Einschränkungen. Eine übermäßige Nachfrage (einschließlich der Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen) kann zu Inflation führen, wenn die Realwirtschaft diese Nachfrage nicht decken kann – eine Aussicht, die besonders wahrscheinlich ist, wenn bestimmte Produktionsformen (wie die auf fossilen Brennstoffen basierende Produktion) eingeschränkt oder auslaufen. Darüber hinaus wäre eine monetäre Finanzierung kontraproduktiv, wenn die durch öffentliche Ausgaben verursachte erhöhte Nachfrage eine Ausweitung der Wirtschaftstätigkeit stimulieren und damit den Druck auf die Umwelt weiter erhöhen würde. Daher sollte sich die Abhängigkeit von öffentlichen Ausgaben streng auf sozial und ökologisch nachhaltige Produktion konzentrieren: Sie sollte die Produktion von Gütern und Dienstleistungen unterstützen, die für einkommensschwache

⁸² Hubert Buch-Hansen, „Die Voraussetzungen für einen Paradigmenwechsel hin zum Degrowth: Erkenntnisse aus der kritischen politischen Ökonomie“, *Ecological Economics*, Band 146 (April 2018), S. 157–163.

⁸³ OECD, *Pensions at a Glance 2017: OECD- und G20-Indikatoren* (Paris, 2017).

⁸⁴ Für Schätzungen siehe Vera Songwe, Nicholas Stern und Amar Bhattacharya, *Finance for Climate Action: Scaling up Investment for Climate and Development* (London, London School of Economics and Political Science, 2022); Vitor Gaspar et al., „Fiscal policy and development: human, social, and physical investments for the SDGs“, Staff Discussion Notes, Nr. 2019/003 (Washington, D.C., Internationaler Währungsfonds, 2019); sowie Homi Kharas und John W. McArthur, „Building the SDG economy: needs, spending, and financing for universal achievement of the Sustainable Development Goals“, *Global Economy and Development Working Paper*, Nr. 131 (Washington, D.C., Brookings Institution, 2019).

⁸⁵ Daniel W. O’Neill et al., „A good life for all within planetary boundaries“, *Nature Sustainability*, Bd. 1, Nr. 2 (2018), S. 88–95.

⁸⁶ Stephanie Kelton, *The Deficit Myth: Modern Monetary Theory and How to Build a Better Economy* (London, John Murray, 2020).

Haushalte in den Genuss der gesamten Bandbreite der Menschenrechte kommen und einen angemessenen Lebensstandard erreichen können, und dies sollte mit einer allgemeinen Verringerung der Nachfrage nach unnötigen Gütern und Dienstleistungen einhergehen, insbesondere solchen, deren Produktion am ressourcen- und energieintensivsten ist.⁸⁷

52. Viele Staaten sind in diesem Sinne jedoch nicht monetär souverän, entweder weil sie keine eigene Währung ausgeben (wie beispielsweise die Mitgliedstaaten der CFA-Zone oder der Eurozone) oder weil sie auf ihre Exporte angewiesen sind, um den Import von Technologie oder Investitionsgütern zu finanzieren oder um Auslandsschulden zu bedienen, in Situationen, in denen solche Rückzahlungen in Fremdwährungen erfolgen. Auch diese Staaten sollten nach Wegen suchen, die Dienstleistungen, die sie für die Bevölkerung erbringen, zu finanzieren und gleichzeitig ihre Abhängigkeit vom BIP-Wachstum zu verringern.⁸⁸

53. Es können verschiedene Wege beschritten werden. Ein größerer Teil der staatlichen Anstrengungen könnte auf präventive Ansätze umgelenkt werden, die auf das Wohlbefinden ausgerichtet sind: Die Bekämpfung der Luftverschmutzung, die Verbesserung der Wohnverhältnisse, der Ernährung oder des Zugangs zu Grünflächen und körperlicher Aktivität können beispielsweise Gesundheitsrisiken verringern;⁸⁹ und Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr werden die Zahl der Autounfälle senken. Gewinne lassen sich auch durch Investitionen in die Fähigkeit der Gemeinden erzielen, Unterstützung zu leisten, beispielsweise damit mehr ältere Menschen in ihren eigenen vier Wänden bleiben können.⁹⁰ Die Innovationen, die als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie entstanden sind, wie die Lieferung von Lebensmitteln und Medikamenten oder das Anrufen isolierter Bewohner, wurden als „genau die Art von präventiver, beziehungsorientierter, mehrstufiger Sozialfürsorge“ beschrieben, „die für eine Post-Wachstums-Gesellschaft geeignet sein könnte“.⁹¹ Unnötige und sogar schädliche öffentliche Ausgaben könnten drastisch gekürzt werden: Die Subventionen für fossile Brennstoffe beliefen sich im Jahr 2020 auf 6,8 Prozent des weltweiten BIP (oder 5,2 Billionen US-Dollar); 90 Prozent dieses Betrags bestanden aus impliziten Subventionen, die daraus resultierten, dass die Internalisierung negativer Externalitäten durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe (in Form von Luftverschmutzung, Beiträgen zur globalen Erwärmung, Verkehrsstaus und Verkehrsunfällen) nicht erzwungen wurde.⁹²

54. Auch wenn der von den Staaten insgesamt geforderte Aufwand daher nicht unüberwindbar ist, werden dennoch erhebliche zusätzliche Finanzmittel benötigt. Der Schlüssel liegt darin, Investitionen in den ökologischen Wandel sowie in öffentliche Dienstleistungen und den Sozialschutz zu finanzieren, ohne sich auf Wachstum zu stützen, und zwar in einem makroökonomischen Umfeld, das sich schrittweise von der Fokussierung auf die Steigerung der Gesamtproduktionsleistung löst. Um diese Gleichung zu lösen, sollten die Staaten auf andere Quellen öffentlicher Einnahmen zurückgreifen als auf Einkommenssteuern von Arbeitnehmern oder Sozialbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern.⁹³ Es gibt verschiedene Möglichkeiten. In früheren Beiträgen bedauerte der Sonderberichterstatter, dass Erbschaften und Schenkungen zwischen den Generationen oft nicht oder nur sehr gering besteuert werden, was den Staaten nicht nur Einnahmen entzieht, sondern auch die Fortdauer von Benachteiligungen ermöglicht.⁹⁴ Er sprach sich zudem für eine CO₂-Steuer aus, sofern einkommensschwache Haushalte von der Reform profitierten, indem ihnen finanzielle Entschädigungen gewährt und der Zugang zu sauberer Energie ermöglicht würden.⁹⁵ Es sollte auch mehr getan werden, um aggressive Steueroptimierungsstrategien zu bekämpfen, die den Steuerwettbewerb zwischen den Staaten fördern: grenzüberschreitender Steuermissbrauch durch Unternehmen und die Verlagerung von Vermögen in Niedrigsteueregebiete oder Steueroasen durch Privatpersonen führen dazu, dass

⁸⁷ Christopher Olk, Colleen Schneider und Jason Hickel, „How to pay for saving the world: modern monetary theory for a degrowth transition“, *Ecological Economics*, Band 214 (Dezember 2023).

⁸⁸ Milena Büchs und Max Koch, *Postwachstum und Wohlbefinden. Herausforderungen für eine nachhaltige Wohlfahrt* (Palgrave Macmillan, 2017).

⁸⁹ Olivier De Schutter et al., *The Escape from Poverty. Breaking the Vicious Cycles Perpetuating Disadvantage* (Bristol, Policy Press, 2023), S. 18–43; und Kommission für soziale Determinanten von Gesundheit, „Closing the gap in a generation: health equity through action on the social determinants of health“ (Genf, Weltgesundheitsorganisation, 2008).

⁹⁰ Stephen Quilley und Katharine Zywert, „Livelihood, market and State: what does a political economy predicated on the ‚individual-in-group-in-PLACE‘ actually look like?“, *Sustainability*, Bd. 11, Nr. 15 (2019).

⁹¹ Corlet Walker, Druckman und Jackson, „Sozialsysteme ohne Wirtschaftswachstum: Ein Überblick über die Herausforderungen und nächsten Schritte in diesem Bereich“, S. 8.

⁹² Ian Parry, Simon Black und Nate Vernon, „Still not getting energy prices right: a global and country update of fossil fuel subsidies“, IMF Working Paper, Nr. 2021/236 (Washington, D.C., Internationaler Währungsfonds, 2021).

⁹³ Kallis, Kerschner und Martínez-Alier, „The economics of degrowth“.

⁹⁴ A/76/177, Abs. 52.

⁹⁵ A/75/181, Abs. 13–19.

Einnahmeausfälle für den Staat in Höhe von 311 Milliarden bzw. 169 Milliarden Dollar.⁹⁶ Auch könnten Vermögenssteuern für die reichsten Personen erhoben werden: Eine Vermögenssteuer von 1,5 bis 3 Prozent für die reichsten Menschen der Welt (die 65.000 Centimillionäre) würde jährlich Einnahmen in Höhe von 300 Milliarden Dollar generieren.⁹⁷ Dies würde nicht nur die öffentlichen Einnahmen erhöhen, sondern auch die Notwendigkeit verringern, die Menschen dazu anzuregen, mehr zu arbeiten und mehr zu konsumieren, um die Steuereinnahmen des Staates zu steigern; außerdem würde es die absurd hohen Ungleichheiten bekämpfen, die mittlerweile erreicht wurden.

B. Globale Verflechtungen

55. Das derzeitige Wachstumsmodell ist die Ursache für einen zutiefst ungleichen Austausch, bei dem das Wachstum im globalen Norden auf der Ausbeutung der Ressourcen im globalen Süden beruht und bei dem die Schaffung von Wohlstand im globalen Süden weitgehend davon abhängt, für die hochwertigen Märkte der reichen Länder zu produzieren – zum großen Teil, um die auf Hartwährungen lautenden Auslandsschulden zurückzuzahlen.⁹⁸ Während also der Norden dem Süden soziale und ökologische Kosten auferlegt, sind die Länder des globalen Südens von Transferleistungen und Importen aus dem Norden abhängig. Keine Strategie „jenseits des Wachstums“ kann solche Abhängigkeiten ignorieren, die aus kolonialen Herrschaftsstrukturen stammen.⁹⁹

56. Um diese Abhängigkeiten zu überwinden, bedarf es einer gerechten Verteilung der Anstrengungen. Während die Volkswirtschaften der reichen Länder überdimensioniert sind, sind die Volkswirtschaften der Länder mit niedrigem Einkommen noch zu schwach: Sie sollten in ihren Bemühungen um weiteres Wachstum unterstützt werden. Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft in dieser Richtung sollte sich am Grundsatz der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten orientieren, um sowohl die bisherigen Beiträge der Länder zu Umweltbelastungen als auch ihre Fähigkeit zu berücksichtigen, zur Umkehrung dieses Trends beizutragen, gemessen an finanziellen Ressourcen und Technologien.¹⁰⁰ Die Industrieländer tragen „eine besondere Verantwortung für die Verringerung und Beseitigung nicht nachhaltiger Produktions- und Verbrauchsmuster sowie für den Beitrag zum Kapazitätsaufbau in Entwicklungsländern, unter anderem durch die Bereitstellung finanzieller Unterstützung und den Zugang zu umweltverträglicher Technologie“.¹⁰¹ Der Grundsatz der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten findet sich auch in der Agenda 2030, insbesondere in den Zielen 10.a und 12.1 der Ziele für nachhaltige Entwicklung, sowie in der Aktionsagenda von Addis Abeba der Dritten Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung.¹⁰² In ähnlicher Weise sehen die Maastricht-Prinzipien zu den Menschenrechten künftiger Generationen zwar die schrittweise Abschaffung nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster als eine der Verpflichtungen zur Verwirklichung der Menschenrechte künftiger Generationen vor, fügen jedoch hinzu: „Wohlhabendere Staaten müssen [auf dieses Ziel hin] unter dem Grundsatz der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten und der jeweiligen Fähigkeiten zügiger voranschreiten.“¹⁰³

57. Doch selbst in Ländern mit niedrigem Einkommen sollte Entwicklung nicht mit einer Steigerung des Gesamtwerts der Produktion gleichgesetzt werden, für die das BIP als Indikator dient.¹⁰⁴ Der zusätzlich geschaffene Wohlstand sollte den lokalen Gemeinschaften zugutekommen, indem er ihnen

⁹⁶ Tax Justice Network, *State of Tax Justice 2023* (2023).

⁹⁷ Lucas Chancel, Philipp Bothe und Tancrede Voituriez, „The potential of wealth taxation to address the triple climate inequality crisis“, *Nature Climate Change*, Bd. 14, Nr. 1 (2024), S. 5–7.

⁹⁸ Prapimphan Chiengkul, „Die Degrowth-Bewegung: alternative Wirtschaftspraktiken und ihre Relevanz für Entwicklungsländer“, *Alternatives: Global, Local, Political*, Bd. 43, Nr. 2 (2018), S. 81–95; sowie Jeffrey Althouse, Giulio Guarini und Jose Gabriel Porcile, „Ökologische Makroökonomie in der offenen Wirtschaft: Nachhaltigkeit, ungleicher Austausch und politische Koordination in einem Zentrum-Peripherie-Modell“, *Ecological Economics*, Bd. 172 (Juni 2020).

⁹⁹ Claudius Gräbner-Radkowitz und Birte Strunk, „Degrowth and the global South: the twin problem of global dependencies“, ICAE Working Paper Series, Nr. 142 (Johannes Kepler Universität Linz, Institut für umfassende Analyse der Wirtschaft, 2023), S. 18.

¹⁰⁰ Siehe Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung, Grundsatz 7; Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen, Art. 3; und Übereinkommen über die biologische Vielfalt, Art. 20 (4).

¹⁰¹ Erklärung von Neu-Delhi über die Grundsätze des Völkerrechts im Zusammenhang mit der nachhaltigen Entwicklung, Ziff. 3.4.

¹⁰² Siehe insbesondere Absatz 59.

¹⁰³ Art. 20 (c) (ix).

¹⁰⁴ [A/HRC/54/27](#).

durch menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten und durch verstärkte Investitionen in öffentliche Güter, einschließlich Infrastruktur für die menschliche Entwicklung.

58. Strukturelle Abhängigkeiten zwischen Nord und Süd erfordern möglicherweise eine Verringerung des Nord-Süd-Handels und stattdessen den Ausbau des Süd-Süd-Handels sowie lokaler und regionaler Märkte;¹⁰⁵ die Stärkung der Produktionskapazitäten von Entwicklungsländern, insbesondere von Ländern mit niedrigem Einkommen, zur Deckung ihres eigenen Bedarfs, unter anderem durch Technologietransfer und den Schutz junger Industrien;¹⁰⁶ sowie die Förderung von Umschuldungen und Schuldenerlass, um sicherzustellen, dass hochverschuldete arme Länder nicht gezwungen sind, für globale Märkte zu produzieren, sondern stattdessen den Bedürfnissen lokaler Gemeinschaften Vorrang einräumen können.

V. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

59. Der Übergang zu einem postwachstumsorientierten Entwicklungspfad, der sich auf die Verwirklichung der Menschenrechte statt auf eine Steigerung des Gesamtvolumens von Produktion und Konsum konzentriert, sollte ausdrücklich in einem „Pakt für die Zukunft“ erwähnt werden, der auf dem Gipfel der Zukunft im September 2024 verabschiedet werden soll. Dies lässt sich jedoch nicht auf einen Schlag erreichen; ebenso wenig kann es allein auf lokaler oder nationaler Ebene erreicht werden. Die Überwindung von Wachstumsabhängigkeiten erfordert mehrjährige Strategien und Anstrengungen auf verschiedenen Ebenen der Regierungsführung.

60. Das übergeordnete Ziel sollte darin bestehen, die Wirtschaft so umzugestalten, dass mehr sozial nützliche und ökologisch nachhaltige Güter und Dienstleistungen produziert werden und unnötige sowie verschwenderische Produktion deutlich reduziert wird. Eine angemessene Abfolge und Koordinierung des Übergangs auf verschiedenen Regierungsebenen ist dabei von entscheidender Bedeutung.

61. Ausgehend von dem vorliegenden Bericht als erster Einschätzung, warum ein postwachstumsorientierter Ansatz zur Beseitigung der Armut erforderlich ist und wie dieser aussehen könnte, wird der Sonderberichterstatter eine Konsultationsrunde zur Ausarbeitung eines Fahrplans einleiten, um Vorschläge zu unterbreiten, wie dieser Wandel erreicht werden könnte. Der Wachstumswahn muss aufgegeben werden. Er lenkt unnötig von der dringenden Notwendigkeit ab, sich von wirtschaftlichen Strukturen zu lösen, die ineffizient und verschwenderisch sind und gleichzeitig den grundlegenden Bedürfnissen der in Armut lebenden Menschen nicht gerecht werden.

¹⁰⁵ Michael J. Bloomfield, „South-South trade and sustainable development: the case of Ceylon tea“, *Ecological Economics*, Band 167 (Januar 2020).

¹⁰⁶ Ha-Joon Chang, „Kicking Away the Ladder: Development Strategy in Historical Perspective“ (London, Anthem Press, 2002).